



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Konjunktur: Delle oder Trendwende?

Das deutsche BIP hat im zweiten Quartal 2014 mit einem Minus von 0,2 % – im Vergleich zu den ersten drei Monaten – den Rückwärtsgang eingelegt. Im ersten Quartal war die Wirtschaft dank des milden Winters noch um 0,7 % gewachsen. Und die Negativ-Entwicklung scheint sich fortzusetzen: So verzeichnete der ZEW-Konjunkturindex im August den stärksten Einbruch seit über einem Jahr. Auch der ifo-Index gab im August zum vierten Mal in Folge nach. Kernfrage ist, ob es sich nur um eine Delle oder um eine konjunkturelle Trendwende handelt. Die Bundesregierung ist mit einer Bestätigung ihrer Jahresprognose von 1,8 % BIP-Wachstum um gute Stimmung bemüht. Andere Beobachter wie Forschungsinstitute und Banken haben ihre „Hochrechnungen“ bereits zurückgenommen.

Weiteres Wachstum am Bau

Die Bundesbank hat das schwache zweite Quartal als „Ausrutscher“ bewertet. Die Grundtendenz bleibe trotz der internationalen Krisen und Konflikte positiv. Insbesondere die stabile Binnennachfrage spreche gegen eine grundsätzliche Richtungsänderung. Vor allem die Aussichten für die Bauwirtschaft seien nach wie vor günstig. In der Tat: Die Zahl der Baugenehmigungen ist im ersten Halbjahr 2014 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 9,6 % gestiegen. Vor allem im Mehrfamilienhausbereich legten die Genehmigungen mit 12,8 % überproportional zu. Noch stärker wuchsen die genehmigten Umbauten im Bestand mit 31,6 %.

Subventionen: 35 Mio. Euro für Zalando

Der Online-Händler Zalando ist einer der größten Subventionsempfänger im deutschen Einzelhandel. Nach Recherchen der „Wirtschaftswoche“ wurden dem Unternehmen in den letzten Jahren Fördermittel von über 35 Mio. Euro bewilligt. So kamen vom Land Thüringen Gelder in Höhe von 22,4 Mio. Euro für die Ansiedlung des Zalando-Logistikzentrums in Erfurt. Das Land Berlin spendierte zwischen 2010 und 2013 Investitionszuschüsse von 10,6 Mio. Euro. Und das Land Brandenburg legte 2,5 Mio. Euro für ein weiteres Logistikzentrum im Havelland auf den Tisch. Von Politikern aller Lager wird diese Subventionierung meist mit den hehren Zielen der Wirtschaftsförderung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze gerechtfertigt. Kritisch im Sinne des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems sind solche staatlichen Eingriffe allerdings immer dann, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen am Markt und zu ungerechtfertigten Vorteilen für die Kapitaleigner führen. Die Krisenbranche Einzelhandel hat derzeit alle Hände voll zu tun, um der massiven Verdrängung durch die Online-Händler standzuhalten. Wer in einer solchen Lage die Waffengleichheit zugunsten der Großanbieter verschiebt, kann nicht gerade als Freund des Mittelstands gelten. Voraussichtlich noch in diesem Herbst werden die Zalando-Gründer ihr Unternehmen an die Börse bringen und – auch zulasten der Steuerzahler – Kasse machen.

Kaufkraft im Plus

Das deutsche Kaufkraftvolumen liegt 2014 mit 1,74 Billionen Euro um 3,4 % höher als im Vorjahr. Damit ist das verfügbare Prokopfeinkommen um 639 Euro auf

durchschnittlich 21.321 Euro gestiegen. Das Nettoeinkommen liegt in den westlichen Bundesländern mit 22.077 Euro über dem Durchschnittswert von 18.256 Euro in Ostdeutschland. Im Ranking der Bundesländer führt Hamburg vor Bayern und Baden-Württemberg. Kaufkraftstärkste Großstadt Deutschlands ist München vor Düsseldorf und Frankfurt a. M. Die auf amtlichen Daten basierende Vergleichsstudie zeigt eine erstaunliche Vielfalt an unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Einkommensverhältnissen.

Handwerk auf Kurs

Die Bauhaupt- und Ausbaugewerke haben 2013 etwa 40 % zum Umsatz des deutschen Handwerks beigetragen. In den fast 305.000 Meisterbetrieben sind derzeit knapp 1,9 Mio. Menschen beschäftigt. Vier von zehn Handwerksjobs sind vom Bau abhängig. Das Handwerk insgesamt ist gut in das Jahr 2014 gestartet. Als anhaltende Wachstumsbremse wirkt allerdings das Ausbildungsproblem. Der Anteil der unbesetzten Lehrstellen hat sich von gut 5 % in 2009 auf 10 % in 2013 verdoppelt. Die Zahl der Azubis nahm von 383.000 auf 314.000 ab. Die Zahl der Handwerksbetriebe hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. So gab es 2013 um fast ein Fünftel mehr Handwerksfirmen als 2003, während die Zahl der Beschäftigten um 7 % auf 5,4 Mio. gesunken ist. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Reform der Handwerksordnung zurückzuführen, die 53 Berufsgruppen die Selbständigkeit ohne Meistertitel ermöglicht hat. Mittlerweile gibt es hierzulande fast 230.000 Handwerksbetriebe ohne Meister.

EU: Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung?

Deutschland soll Zahlmeister für europäische Arbeitslose werden. Das fordert zumindest der EU-Sozialkommissar Laszlo Andor mit Unterstützung Frankreichs und Italiens. Die französische Regierung kaschiert den gewünschten Zugriff auf die deutsche Staatskasse mit der altruistischen Umschreibung: „Die Vergemeinschaftung der nationalen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung in der Euro-Zone wäre ein starkes Signal der Integration und Solidarität.“ Durch dieses Selbstbedienungsmodell würde die im Maastricht-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossene Transferunion über die Hintertreppe realisiert. Die bisher bekannte „Abwehrreaktion“ der deutschen Politik lässt Schlimmes befürchten. So hat das Bundesarbeitsministerium von Andrea Nahles in einer beinhaltenden Stellungnahme erklärt: „Gegen die Idee der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung bestehen in der Bundesregierung Bedenken.“

„Lebenswirklichkeiten“

Weitgehend unbeachtet von den deutschen Medien hat das ifo-Institut kürzlich eine düstere Zwischenbilanz der bisherigen Kosten und Haftungsrisiken der Euro-Rettung gezogen. Danach haftet Deutschland schon heute mit 379 Mrd. Euro für die künstliche Beatmung der faktisch gescheiterten Gemeinschaftswährung. Addiert man die zusätzlich in Aussicht gestellten Rettungsgelder hinzu, so könnten insgesamt 513 Mrd. an (nicht vorhandenen) deutschen Steuergeldern im Feuer stehen. Dazu ifo-Chef Hans-Werner Sinn: „Es ist keine Illusion, es sind keine irrelevanten Salden, es sind keine Verrechnungsposten. Es sind Lebenswirklichkeiten, die sich hinter diesen Zahlen verbergen.“